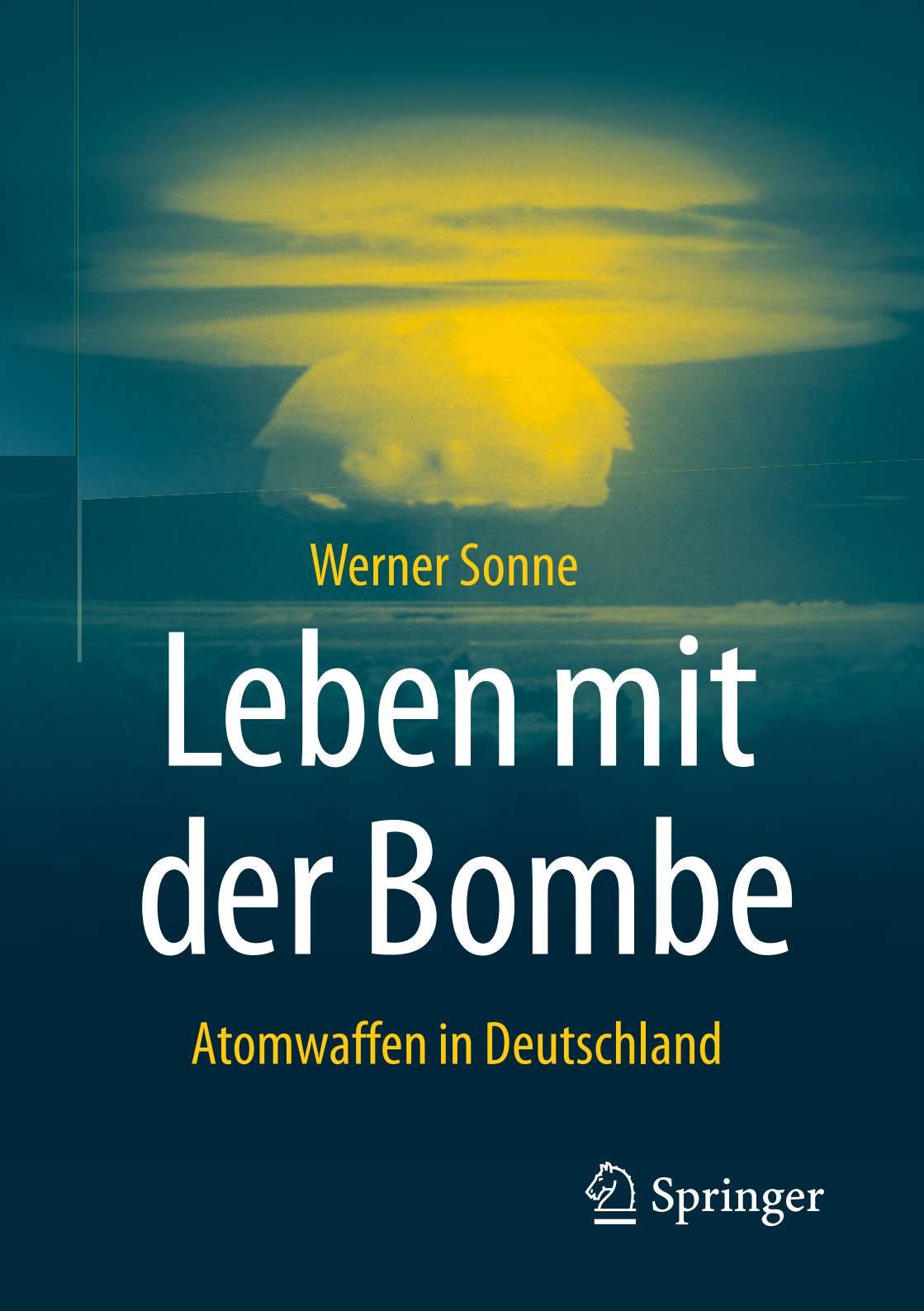


The background of the cover is a photograph of a nuclear mushroom cloud. The cloud is a bright, glowing yellow and orange, rising from a dark, flat horizon. The sky above the cloud is a deep, dark blue. The overall mood is somber and dramatic.

Werner Sonne

Leben mit der Bombe

Atomwaffen in Deutschland

 Springer

Leben mit der Bombe

Werner Sonne

Leben mit der Bombe

Atomwaffen in Deutschland

 Springer

Werner Sonne
Berlin, Deutschland

Umschlagbild: © U.S. Department of Energy (Ausschnitt)

ISBN 978-3-658-17616-7 ISBN 978-3-658-17617-4 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-17617-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2018

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

*Für, ganz besonders, Nicole, die viele
Monate geduldig und verständnisvoll das
Entstehen dieses Buches mitgetragen hat
und so mit der Geschichte der Bombe
leben musste.*

Inhalt

Statt eines Vorworts	IX
----------------------------	----

Teil 1

1 Weil nicht sein kann, was nicht sein darf	1
2 Schwarz-gelb gegen die Bombe – aber nicht wirklich	13
3 Die Bombe, die noch mehr können soll	20
4 Wer hat den Schwarzen Peter – Moskaus A-Waffen	26
5 NATOs Abschreckung – ohne Trump leere Drohung	35
6 Proliferation – Das nukleare Schreckgespenst	41
7 Abrüstung nein danke – jedenfalls nicht jetzt	43

Teil 2

8 Ein Faustischer Pakt. Kernspaltung und die Folgen – Hitler-Deutschlands Versuch, an die Atombombe zu kommen	51
9 Albert Einstein und die Bombe	66
10 Die Partei hat immer recht	76
11 Wie Adenauer lernte, die Bombe zu lieben	81
12 Keine Experimente. Wie Adenauer die atomare Bewaffnung durchsetzte	98
13 Hilf dir selbst, so hilft dir Gott – Der Sputnik-Schock und die Folgen ...	105
14 Ja, wir waren unpolitisch. Vom Umgang mit der Bombe	117
15 Am Rande des Abgrunds	123
16 Ein Abgrund von Landesverrat	133
17 MLF – und wieder wird nichts aus deutscher Teilhabe	137

18	Der Harmel-Bericht – Die neue NATO	143
19	Apokalypse im Bunker	147
20	Ein Abendgebet mit Folgen – Die Nachrüstung	153
21	Massenproteste wie nie – und doch umsonst	165
22	Die DDR und die Bombe	172
23	Die doppelte Null – Weg mit allen Mittelstreckenraketen	180
24	Terrorgefahr: Die schmutzige Bombe	190
Nachwort		197
Literaturverzeichnis		201

Statt eines Vorwortes

„2017 – In den letzten zwei Jahren blieb der Zeiger der Weltuntergangsuhr, der Doomsday Clock, bei drei Minuten vor Zwölf stehen, so dicht vor Mitternacht wie seit den frühen achtziger Jahren nicht mehr. In zwei Erklärungen zu dieser Uhr warnte der Science and Security Board: ‚Die Wahrscheinlichkeit einer globalen Katastrophe ist sehr hoch, und die Aktionen, die gebraucht werden, um das Risiko eines Desasters zu verhindern, müssen bald geschehen.‘ 2017 finden wir die Gefahr umso größer, die Notwendigkeit zum Handeln noch vordringlicher. Es ist zweieinhalb Minuten vor Mitternacht, die Uhr tickt, die weltweite Gefahr droht. Weise öffentliche Entscheidungsträger müssen voranschreiten und den Weg zeigen.“

Übersetzung einer Erklärung des „Bulletin of Atomic Scientists“ aus dem Jahr 2017. Im Jahre 1991 hatten die Wissenschaftler die Uhr auf 17 Minuten vor Mitternacht gestellt, angesichts historisch tiefer Reduzierungen in den nuklearen Arsenalen, die ganz besonders das soeben wiedervereinigte Deutschland betrafen, aus dem tausende von Atomsprengköpfen abgezogen wurden. Jetzt rückte die Doomsday Clock wieder auf zweieinhalb Minuten vor, die gefährlichste Einstellung seit den frühen achtziger Jahren. „Leben mit der Bombe“ soll zu dieser Entwicklung von ihrem Anfang an bis heute die Fakten und Hintergründe liefern – mit den Erfahrungen von vielen, die unmittelbar mit den nuklearen Strategien und Deutschlands Beitrag dazu zu tun haben.

1 Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Es ist ein grauer, verregneter Tag. Über die Eifelhöhen fegt ein kalter Wind. Aus den Wolken sinken im Landeanflug zwei Tornado-Jagdbomber mit dem Eisernen Kreuz der deutschen Luftwaffe auf ihren Tragflächen herab. Die Piloten haben den Schubhebel mit der linken Hand fast auf Leerlauf zurückgenommen, die Landeklappen und das Fahrwerk ausgefahren. Mit rund 160 Meilen setzen sie auf, die Maschinen kommen fast zum Stillstand, rollen dann weiter zu ihren verbunkerten Unterständen.

Aufaulende Düsentriebwerke, Jagdbomber, die in dem hier oft auftretenden Nebel verschwinden, nach anderthalb, zwei Stunden zurückkommen, Alltag seit rund 60 Jahren in Büchel. Die Menschen hier sind den Lärm gewohnt, es gehört zu ihrem Leben dazu wie die Weinberge an der nahe gelegenen Mosel. Auch Holger Haupt kennt das seit Jahrzehnten. Er ist grüner Stadtrat in Cochem.

„Wir sind die Nestbeschmutzer „, sagt Haupt, „wir haben das Ganze hier an die Öffentlichkeit gebracht, man wollte das ja überhaupt nicht bekanntmachen.“ Und er ist schon seit den achtziger Jahren dabei, bei den Aktivisten, die dagegen sind und praktisch jedes Frühjahr mit ihren Demonstrationen beginnen. Büchel ist das Zentrum des Aufbegehrens gegen nukleare Rüstung auf deutschem Boden. Militante Aktivisten haben auch schon mal den maroden Zaun rund um den Flugplatz durchgeschnitten und sind bis zur Landebahn vorgedrungen. Holger Haupt will keine Gewaltanwendung, aber der Alt-Grüne gehört zum harten Kern des friedlichen Widerstandes. „Wir reden von Atomwaffen, aber von Atomwaffen darf man hier nicht sprechen, es wird hier immer nur von Sonderwaffen geredet, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.“

Was nicht sein darf, ist das klare Eingeständnis, dass hier auf dem Fliegerhorst Büchel seit sechs Jahrzehnten Atombomben lagern. Das Jagdbombergeschwader 33 war die erste deutsche Luftwaffeneinheit, die Ende der fünfziger Jahre mit

amerikanischen Atombomben ausgestattet wurde, und sie ist es bis heute. Dieser kleine Ort in der Eifel ist der einzige Ort in Deutschland, an dem überhaupt noch Atomwaffen gelagert sind. In den Hochzeiten des Kalten Krieges waren es um die 7000 atomare Sprengköpfe im damals geteilten Land, heute sind es nur noch etwa 20. Aber diese Atombomben haben politisch eine überproportional große Bedeutung. Sie sind Deutschlands Rückversicherung gegen einen Feind, der nicht mehr genannt wird. Früher war klar, dass damit der russische Bär gemeint war, die scheinbar übermächtige Sowjetunion.

Heute gibt es für diese Bomben keine festen Ziele mehr. Aber ein nuklearer Einsatz ist nur denkbar gegen einen Feind, der ebenfalls Massenvernichtungswaffen hat und bereit ist, sie auch zu nutzen. Heute tut man sich deshalb schwer, dies so klar auszusprechen, aber die Rückkehr zu den Großmachtambitionen Wladimir Putins hat die nukleare Abschreckung wieder stärker in den Blickwinkel gerückt. Die NATO ist von Anbeginn eine nukleare Allianz, und auch die Berliner Politik will, dass dies so bleibt. Das Jagdbombergeschwader 33 mit seinen Piloten ist das Werkzeug dieses politischen Willens.

Offiziell redet man auf deutscher Seite nicht über diese Atombomben, die auf dem Fliegerhorst in Bunkern unter der Erde untergebracht sind. Es gelten strenge Geheimschutzregeln. US-Oberstleutnant Robert Custer dagegen hat keine Probleme damit, dies im Gespräch freimütig zu bestätigen. Er ist der Kommandeur der 702nd MUNSS, oder Munitons Support Squadron der US-Luftwaffe, und mit rund 150 Soldaten bewacht diese Einheit die B-61-Atombomben in Büchel, die das Kernstück der sogenannten nuklearen Teilhabe Deutschlands an der atomaren Abschreckung der NATO sind.

„Wir trainieren, trainieren, trainieren“, sagt Custer über die wichtigste Aufgabe seiner Einheit. Regelmäßig werde mit den Deutschen mit Übungssprengköpfen das Einhängen der Bomben eintrainiert. Dabei komme es vor allem auf Präzision an, das sei eben besonders wichtig, denn es gehe schließlich um Atomwaffen. Er ist der Mann, der im Ernstfall auf einer separaten Datenleitung über einen Code aus dem Weißen Haus die Freigabe für den Einsatz der Atombomben bekommt, und wenn der US-Präsident dies entschieden hat, dann braucht es auf einem zweiten Strang noch des Befehls des NATO-Oberkommandierenden im belgischen Mons, ebenfalls ein Amerikaner, um diese Bomben den deutschen Piloten zu übergeben, die sie dann mit ihren Tornado-Jagdbombern in ihre von der westlichen Militärallianz ausgegebenen Ziele tragen würden. Das ist das Einsatzprinzip, das von Anfang an galt, und daran hat sich auch bis heute nichts geändert.

Robert Custer, seine Soldaten und die rund 150 Familienangehörigen sind gerne in Büchel. Die karge Eifellandschaft schreckt sie nicht ab. Dies sei ein gesuchter Standort. Wenn man im US-Militär etwas mit Atombomben zu tun habe, dann

arbeite man sonst im Zweifelsfall in Wyoming, den Dakotas oder in Nebraska, also in den fast menschenleeren Prärien Amerikas, dort, wo die in Erdsilos verbunkerten atomaren Interkontinentalraketen auf ihren Einsatz warten. Hier lebe man mitten unter der deutschen Bevölkerung, viele der Kinder gingen auf deutsche Schulen, man fühle sich willkommen, sagt der Herr über die US-Atomwaffen.

Das bestätigt auch Wolfgang Lamberts, der Bürgermeister von Cochem, in dessen Amtsbereich im Stadtteil Brauheck die Kaserne des Jagdbombergeschwaders 33 liegt. „Die Amerikaner sagen uns, dass sie sich hier sehr wohl fühlen, und sie machen auf uns den Eindruck, dass sie sehr professionell und sehr routiniert mit diesen Dingen umgehen.“ Dann spult er ab, dass er „natürlich“ die Demonstranten ernst nimmt, wenn sie ihre demokratischen Grundrechte ausnutzen, „aber sie spiegeln nicht die Meinung der Region wieder, in keiner Weise“. Tatsächlich, und das bestreitet Lamberts nicht, der als Parteiloser von der CDU-Mehrheit getragen wird, ist der Flughafen Büchel mit seinen rund 2000 Beschäftigten auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. „Ja, das ist absolut korrekt.“ Die Bürger unterstützten „ihren“ Verband, man müsse eine „wehrhafte Demokratie“ sein, auch in der Erkenntnis, dass es hier um Atombomben gehe. „Atomare Rüstung ist in der Summe sicher ein Problem, aber runtergebrochen auf die hier wohl liegenden Waffen stehen wir hinter unserem Verband und akzeptieren das auch voll und ganz – auch wissend, dass wir eventuell im Zielbereich eines möglichen Angriffes sind.“

So sieht das Problem der nuklearen Teilhabe Deutschlands aus der lokalen Perspektive aus, wo man ganz direkt mit der gefährlichsten Waffe leben muss, die die Menschheit je erfunden hat.

Aber auch hier am Ort kann man die großen Linien erkennen, die die Diskussion darüber seit jeher bestimmen: Die Angst vor der Bombe und der Protest dagegen auf der eine Seite, auf der anderen Seite die Suche nach dem Schutz unter dem nuklearen Schirm, der durch die Abschreckung die nukleare Balance gesichert und den Frieden, so bedroht er auch gewesen sein mag, erhalten hat.

Die Atombombe, lange fast vergessen und gerne verdrängt, rückt in der internationalen Debatte wieder nach vorn. Das wird erhebliche Auswirkungen auch auf den kleinen Ort in der Eifel haben, wo vieles anders werden wird, von der Ersetzung der veralteten Tornado-Jagdbomber bis zum Austausch der ebenfalls an ihre Nutzungsgrenze geratenden B-61-Bomben. Das führt zu vielen Fragezeichen. Das Zeitalter der atomaren Bedrohung liegt nicht hinter uns, die Zukunft dieser Form der militärischen Bewaffnung hat gerade neu begonnen, und sie nimmt an Geschwindigkeit beängstigend zu. Gerade weil die Berliner Politik an den Atomwaffen auf deutschem Boden festhalten will, muss sie sich den großen, damit verbundenen Herausforderungen stellen, die wieder dringlicher werden. Die deutsche Politik ist

dabei abhängig von der Lage in einer Welt, von der viele immer lauter beklagen, dass sie aus den Fugen zu geraten drohe.

Das Jahr 2014 war dabei eine Zeitenwende. Wladimir Putins Annektierung der bis dahin ukrainischen Krim und der Versuch, auch in der Ost-Ukraine mit massiver Unterstützung russischer Soldaten eine „Neues Russland“ zu etablieren, waren ein Weckruf: Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wurden im Herzen Europas Grenzen mit Gewalt verändert.

Die NATO, die bis dahin Russland als Partner und nicht als Gegner angesehen hatte, schaltete schnell um und fasste auf dem Gipfel der Allianz in Wales weitreichende Beschlüsse, deren Kern die Rückbesinnung auf den Artikel 5 ihres Gründungsvertrages, nämlich die Beistandsklausel für alle Mitglieder, und damit die Rückkehr zum Konzept der Abschreckung war. Und Abschreckung – das bedeute von Anfang an auch die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen.

Dabei spielt bis heute eine Grundüberlegung eine entscheidende Rolle, die mit Atomwaffen und ihrer machtpolitischen Wirkung zu tun hat. Als die Sowjetunion zerfiel, war die Ukraine wegen der Stationierung von 176 Interkontinentalraketen und 2500 taktischen Atomwaffen auf ihrem Territorium plötzlich die drittgrößte Atommacht. Die Trägerraketen wurden sogar in Dnipropetrowsk produziert. Mit ausdrücklicher Zustimmung des Westens wurde im Dezember 1994 das Budapester Memorandum unterzeichnet, in dem die Ukraine zustimmte, dieses Atomarsenal an Russland zu übergeben gegen die Zusicherung der Unversehrbarkeit der „existierenden Grenzen“. Gleichzeitig trat die Ukraine dem Atomsperrvertrag bei und verzichtete damit endgültig auf alle atomaren Ambitionen. Auch für Kasachstan und Weißrussland wurden solche Übereinkommen getroffen.

20 Jahre später setzte sich Russland über dieses Gebot der Unversehrbarkeit der Grenzen hinweg. Die Botschaft, die auch in Berlin sehr deutlich daraus abgelesen wurde: Wer keinen nuklearen Schutz hat, kann sich nicht gegen Erpressung und sogar militärische Überfälle schützen.

Bis heute wird in der Bundesregierung nachdrücklich an diesen Vorgang erinnert, auch als Begründung dafür, dass Deutschland am amerikanischen Schutzschirm festhalten und mit seinen eigenen atomaren Trägerwaffen in Büchel einen Beitrag dazu leisten will.

Formell liegt diese Teilhabe zwar in der nationalen, souveränen Entscheidung auch der Deutschen, aber tatsächlich kann in Berlin nichts alleine entschieden werden, jeder einseitige Beschluss der führenden Macht Europas auf diesem Gebiet würde die westliche Verteidigungsallianz sprengen. Denn auch andere Mitglieder beteiligen sich mit ihren Trägersystemen am Atomschild. Italien, Belgien, die Niederlande und auch die Türkei haben wie die Bundesrepublik dem NATO-Hauptquartier Flugzeuge, Piloten oder Munitionsdepots zur Verfügung gestellt, auch sie sind Teil

der nuklearen Abschreckung, die mit rund 180 amerikanischen Sprengköpfen in Europa aufrechterhalten wird. Würde Berlin sich zurückziehen, würde ein wichtiger Bestandteil dieses Verbundes herausgebrochen, der politisch kaum zu ersetzen wäre. Dann würde sich auch die Frage stellen, ob die Führungsmacht Europas von den kleineren Nachbarländern Belgien und den Niederlanden erwarten würde, sie im Ernstfall mit ihren Trägerwaffen im Rahmen der Abschreckung nuklear zu verteidigen – oder ob, was vor allem in Holland anstehen könnte – sich die Nachbarn ebenfalls aus der Verantwortung entlassen würden.

Noch bevor die alte Bundesrepublik 1955 überhaupt ihre Souveränität wiedergewonnen hatte und in die NATO eingetreten war, wurde Deutschland zum potentiellen atomaren Schlachtfeld, wuchs von Jahr zu Jahr die Zahl der nuklearen Sprengköpfe, waren die Gründungsväter der westdeutschen Republik darum bemüht, sie mit allen Mitteln mit Kernwaffen gegen einen vermeintlich übermächtigen, ebenfalls atomar hochgerüsteten Feind zu verteidigen und strebten sogar nach der eigenen Bombe – und nahmen dabei in Kauf, dass das Land im Ernstfall auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze Opfer eines nuklearen Holocaust geworden wäre, in des Wortes wahrster Bedeutung, das die Alt-Griechen mit „völlig verbrannt“ beschrieben.

Gert Overhoff hat als Soldat viele Jahre mit der Bombe gelebt, aus nächster Nähe. Bei der Bundeswehr gehörte er 1958 in Büchel zu den ersten Piloten überhaupt, die den Auftrag hatten, im Falle eines Angriffs die Truppen der östlichen Nachbarstaaten atomar zu bekämpfen – den anderen Teil Deutschlands eingeschlossen. Später war er der Kommodore eines Strike-Geschwaders in Nörvenich bei Köln, das bereit sein musste, innerhalb von 15 Minuten mit den ersten atomar ausgerüsteten Jagdbombern in der Luft zu sein. Heute schaut er zurück und sagt: „Ich persönlich glaube, dass das Prinzip der Abschreckung in der Tat funktioniert hat. Wenn man das bis zu Ende denkt, dann muss man sagen, es funktioniert solange wie es keinen Einsatz gibt. Wenn der Einsatz wirklich losgegangen wäre, entweder aggressiv, vom ersten Tag an oder als Reaktion der NATO, dann wäre der ganze nukleare Austausch nicht abzuwenden gewesen und dann wäre die Welt wahrscheinlich aus den Fugen geraten, denn das Überleben wäre hinter einem solchen Zirkus nicht mehr möglich gewesen. Wir reden heute von globaler Erwärmung, die hätten wir dann massiv gehabt.“

Die nukleare Abschreckung, und so schnell es ging mit aktiver deutscher Beteiligung, gehörte schon früh zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Und sie tut es bis in die Gegenwart. Das wird bislang in der Berliner Politik öffentlich nicht herausgestellt, ein Geheimnis ist es aber nicht. Ein Blick in den Koalitionsvertrag der letzten Großen Koalition aus dem Jahre 2013 beschreibt das zwar nur gewunden und für den unbefangenen Laien unverständlich, aber der Bezug auf die Beschlüsse der NATO stellen den Zusammenhang her: „Die trans-atlantische

Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts neuer Risiken und Bedrohungen einer globalisierten Welt.“

Die westliche Verteidigungsallianz, das unterstellen die Autoren offenbar als bekannt, ist eine Organisation, die ihre Wirkung nach wie vor wesentlich durch ihre nukleare Abschreckung hat, und die deutsche Rolle dabei bleibt ebenfalls unverändert: „Deutschland wird auch künftig seinen angemessenen Teil der Lasten im Bündnis verlässlich leisten.“

Deutlicher wird da schon das Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und der Zukunft der Bundeswehr aus dem Sommer 2016. „Gegenüber äußeren Bedrohungen setzt die Allianz auch künftig vorrangig auf Abschreckung.“ Abschreckung – das ist der Ur-Gedanke der westlichen Verteidigungsallianz seit ihrem ersten Tag. Und dazu gehören nach wie vor Atomwaffen, auch in Deutschland. Hier lassen die Autoren anders als im verklausulierten Koalitionsvertrag keine Zweifel: „Solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können, besteht die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung fort. Die strategischen Nuklearfähigkeiten der Allianz, insbesondere die der USA, sind der ultimative Garant der Sicherheit ihrer Mitglieder. Die NATO ist weiterhin ein nukleares Bündnis. Deutschland bleibt über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden.“

Das lässt keinen Interpretationsspielraum offen. Das politische Ziel ist also klar. Es geht, wie die Autoren des Weißbuches ja unmissverständlich formulieren, von einer simplen Annahme aus: die Amerikaner stellen mit ihren Atomwaffen den nuklearen Schutzschirm. Dies wurde freilich zu einem Zeitpunkt formuliert, als in Washington der Präsident noch Barack Obama hieß. Inzwischen haben die Wähler in den USA jedoch dem Land eine neue Richtung gegeben. Mit Donald Trump zog ein Präsident ins Weiße Haus ein, der diese jahrzehntelange Gewissheit in ihren Grundfesten erschütterte. Trump ging in seinem Wahlkampf höchst leichtfertig mit dem Thema Atomwaffen um. Er stellte diesen Schutzschild der USA vor allem für Verbündete wie Korea und Japan infrage und ging so weit, dass solche Länder doch selber für ihre nukleare Abschreckung sorgen sollten. Auch den Iran-Deal über den Verzicht Teherans mindestens für zehn Jahre auf die Entwicklung einer eigenen Bombe zu verzichten, eine entscheidende Sperrmauer für die nukleare Proliferation, wollte er zerreißen.

Das würde das ohnehin höchst fragile Gleichgewicht bei der atomaren Rüstung ganz grundsätzlich beschädigen, das durch das unberechenbare Nordkorea ohnehin stark gefährdet ist. Viele Länder sähen sich herausgefordert, nun selber nach eigenen Atomwaffen zu streben. Eine Gefahr, die die Welt erstmals seit dem Kalten Krieg wieder näher an den Abgrund rücken würde. Schon meldeten sich auch hierzulande Stimmen zu Wort, die sogar forderten, Deutschland in diesen unsicheren

Zeiten zu einer eigenen Atommacht zu machen. So argumentierte der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Berthold Kohler, wenn Trump bei seiner Linie bleibe, „dann wird Amerika die Verteidigung Europas in einem Maße den Europäern überlassen, das sie seit 1945 nicht mehr kennen“. Und dann kommt er auf den Punkt, der bisher in der deutschen Politik in diesem Jahrhundert der absolute Tabubruch wäre, und beschreibt das selber als „das für deutsche Hirne ganz und gar Udenkbare, die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit, welche die Zweifel an Amerikas Garantien ausgleichen könnte. Die französischen und britischen Arsenale sind dafür in ihrem gegenwärtigen Zustand zu schwach.“

Was wie eine provokante Einzelstimme daherkam, erwies sich als Startschuss für eine Debatte, die auch über die deutschen Grenzen hinaus geführt wurde. Der Politikwissenschaftler Maximilian Terhalle, Associate Professor an der Winchester University und Senior Research Fellow an der London School of Economics, meldete sich im Berliner „Tagesspiegel“ zu Wort. Er bezog sich vor allem auf Wladimir Putins Machtansprüche in Ost-Europa und sah die Gefahr, die durch eine von Trump infrage gestellten nuklearen Abschreckung entstehen würde: „Die Antwort muss daher lauten: Deutschland braucht Atomwaffen.“ Radikal verlangte er von einem Deutschland „das die Macht von Putins Russland begrenzen will, um unabhängig und damit politisch unbeugsam ein Europa aufrechtzuerhalten, das unseren innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum erhält“ eine militärische Antwort auch auf dem nuklearen Gebiet. „Alles andere ist Illusion, da es Putins wachsende, revisionistische Machtansprüche in einem nicht-US-geschützten Europa naiv unterschätzt.“ Auch er verweist auf die nuklearen Arsenale der NATO-Partner Frankreich und Großbritannien, die zugleich dem UN-Sicherheitsrat angehörten. Dabei falle jedoch auf, dass „sie zu geringen Umfangs, zu taktisch ausgerichtet und teilweise veraltet sind und damit in keiner Weise umfassende Abschreckung liefern können“.

Deutschland als eigenständige Atommacht? Für viele ein Albtraum, in der Tat das ultimativ Udenkbare. Wenige kennen sich im komplizierten Gebiet der atomaren Rüstung so gut aus wie Richard Burt. In seinen langen Jahren im US-Außenministerium war er unter anderem amerikanischer Botschafter in Bonn und dann unter Präsident George H. Bush erfolgreicher Chefunterhändler bei den atomaren Abrüstungsverhandlungen, die 1991 im START 1-Vertrag mit der Sowjetunion mündeten und den ersten großen Durchbruch bei der Reduzierung strategischer Atomwaffen brachten. Heute ist er der oberste US-Vertreter von Global Zero, einer Organisation, die sich für die weltweite Abschaffung von Nuklearwaffen einsetzt. Er warnt nachdrücklich vor Gedankenspielen über eine deutsche Atombombe.

Die Entwicklung einer solchen deutschen nuklearen Abschreckung wäre „auf das höchste destabilisierend“, argumentiert er. Zum einen würde Russland das als

eine „existentielle Bedrohung“ empfinden. „Wenn Deutschland eine größere Krise mit Russland haben will, dann wäre dies der beste Weg, das zu erreichen.“ Aber auch für seine Beziehungen zu Westeuropa würde dies aus seiner Sicht zu einer schweren Belastung führen, weil die Deutschen einen großen Teil ihrer Glaubwürdigkeit verlieren würden, indem sie ihre Zurückhaltung beim Einsatz von militärischer Macht aufgäben – die Warnung also vor einer deutschen Dominanz in Europa durch eine eigene Atombombe. Vor allem aber sieht Burt auch Gefahren im Verhältnis zu den USA, die auch ihre nuklearen Garantien aufgeben könnten, wenn die Deutschen in der Lage wären, selber einen nuklearen Konflikt auszulösen, der dann auch Amerika mit hineinziehen würde.

„Es ist eine überraschend schlechte Idee“, fasst Burt seine Bedenken zusammen. Auch in der Berliner Politik möchte niemand dieses heiße Eisen nach außen anfassen. Der frühere Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) geht hier auf Distanz:

„Wir sollten uns weiterhin in der NATO diesem (amerikanischen) Schutzschirm unterstellen und keine anderen Diskussionen führen. Das würde eine Entwicklung forcieren, die nicht in Abrüstung, sondern eine gegenteilige Richtung geht, und das wäre der falsche Weg.“

Festhalten an der jahrzehntealten nuklearen Doktrin, nur keine Änderung – das ist die grundsätzliche Haltung, die im Berliner politischen Establishment vorherrscht. Und darauf vertrauen, dass die Amerikaner ebenfalls ihre atomare Garantie ohne Wenn und Aber einhalten. Dieses Grundvertrauen ist aber ins Wanken geraten, seit in Washington Donald Trump im Weißen Haus das Sagen hat. Nach anfänglichen Fragezeichen zur Zukunft der NATO hat sich zwar auch Trump zur westlichen Allianz bekannt, aber das von ihm losgetretene Misstrauen bleibt. Trump drängt darauf, dass Europa sich vor allem finanziell stärker einbringt. Aber längst geht es um mehr, längst geht es darum, wie die Europäer sich bei ihrer eigenen Verteidigung stärker aufstellen. Und dabei spielt im Hintergrund auch die Verunsicherung über den atomaren Beistand eine große Rolle, die trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nicht verschwinden will.

Solche Befürchtungen erhalten Nahrung durch gewiss provozierende Überlegungen im konservativen amerikanischen Lager. „Europa fühlt sich in diesen Tagen etwas verlassen“, schreibt etwa Doug Bandow vom konservativen Cato-Institut, der einst dem US-Präsidenten Ronald Reagan diente, in der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs“. Um dann so zu argumentieren, wie viele es auf dem alten Kontinent befürchten: „Europa ist der offensichtlichste Platz für Washington, um zumindest einen seiner nuklearen Schutzschirme zu schließen.“ Anders als die ebenfalls atomar von den USA geschützten Verbündeten in Asien, die nicht über eigene Atomwaffen verfügten, gebe es in Europa doch schon zwei nukleare Mächte (Frankreich und Großbritannien), und „die Europäische Union könnte einen kontinentalen

Verteidigungsverbund stellen“. Und noch wichtiger sei, dass der US-Atomschirm „nur dann einen Sinn macht, solange es nicht regnet“. Und kommt dann genau zu dem Schluss, der immer schon das eigentliche Fragezeichen in sich barg: „Es gibt keinen Grund für die Vereinigten Staaten ihre eigene Sicherheit zu riskieren, wenn Russland nicht länger ein ideologischer, weltweiter Wettbewerber ist und die NATO sich bis zur russischen Grenze ausdehnt.“ Siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hätten sich die Umstände dramatisch verändert. „Es ist Zeit, neu zu überdenken, wer Europa verteidigen sollte, und wie.“

Im Nachbarland Polen, seit jeher von einem zutiefst anti-russischen Trauma geprägt und um den Schutz der NATO-Abschreckung noch stärker bemüht, lösten Trumps Wahlkampf-Äußerungen die Alarmstufe Rot aus. Polens starker Mann, Jaroslaw Kaczynski, der Vorsitzende der regierenden nationalkonservativen polnischen Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), fand im Gespräch mit der FAZ die Idee einer atomaren „Supermacht“ Europa gut, sah aber angesichts der gewaltigen Probleme bei der Finanzierung. „Eine eigene Atommacht müsste mit Russland mithalten können.“

Die Atombombe als Mittel der Politik ist wieder da – allen Visionen von einer fernen Zukunft in einer atomwaffenfreien Welt zum Trotz. In den europäischen Hauptstädten und auch im NATO-Hauptquartier setzte eine Debatte ein, die kurz zuvor noch unvorstellbar gewesen wäre.

Die Diskussion erreichte nach der Wahl Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten in diesem Winter 2016/17 der tiefsten Verunsicherung auch den Bundestag. Der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter, selber Oberst a. D. mit Dienstzeiten in NATO-Hauptquartieren, setzte sie öffentlich in Gang. Zwar will er keine eigene deutsche Atombombe, aber doch eine Nachdenken über eine Ersatzlösung für den Fall, dass der amerikanische Schutzschirm instabil wird.

„Für mich ist der Ausgangspunkt: es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben zwischen den USA und Europa.“ Die Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 im NATO-Vertrag beschränke sich keineswegs nur auf eine konventionelle Verteidigung, sondern schließe auch den nuklearen Einsatz mit ein.

„Und für mich kommt es darauf an, dass wir im Vorfeld der Unklarheit innerhalb der US-Administration keine Denkverbote haben dürfen, sondern uns selbst versichern müssen, welche Sicherheit haben wir denn, wenn die USA unberechenbar werden.“

Wie aber kann eine solche Lösung aussehen, wenn auch Kiesewetter eine eigene deutsche Bombe ausschließt, die aus vielen Gründen politisch nicht durchzusetzen wäre? Jetzt wird die Diskussion völlig unscharf, denn realistisch betrachtet wäre Europa eben dann doch auf die beiden Atommächte Frankreich und Großbritannien angewiesen. Sie haben beide eine eigene atomare Abschreckungsmacht entwickelt.

Frankreich hält dabei an rund 300 Sprengköpfen fest, verteilt auf vier U-Booten des Typs „Triomphant“ mit jeweils 16 Raketen mit strategischer Reichweite sowie 50 schweren Jagdbombern der Typen „Mirage 2000N und „Rafael F3“ mit ASMP-A-Marschflugkörpern mit mittlerer Reichweite.

Bis heute gilt, was General Charles de Gaulle schon in den sechziger Jahren einführte: eine eigenständige „Force de Frappe“, eine auf massiver Abschreckung beruhende Atomstreitmacht, über deren Einsatz ausschließlich der französische Präsident mit einem kleinen Beraterkreis entscheidet. An Stabsübungen der NATO zu nuklearen Fragen beteiligen sich die Franzosen nicht. Auch bei den Sitzungen der Nuklearen Planungsgruppe, dem entscheidenden Gremium für die Festlegung der atomaren Zielsetzungen der Allianz, ist Frankreich nicht dabei. Bei der konventionellen Rüstung, so beobachtet man bei der NATO aufmerksam, hielten sich die Franzosen ebenfalls öfter zurück. Begründung: sie hätten ja Atomwaffen.

Großbritannien hat vier „Vanguard“ U-Boote mit amerikanischen Trident-Raketen, sein Arsenal wird mit 215 Sprengköpfen angegeben, von denen 120 unmittelbar einsatzbereit sind. Flugzeuge mit Atombomben haben die Briten nicht mehr. Für die Verteidigungsbudgets beider Länder wiegen die Kosten für diese Atommacht überproportional schwer, geplante Modernisierungen mussten deshalb verschoben werden.

Briten und Franzosen haben nukleare Konsultationen vereinbart, London konsultiert hier auch mit Washington. Auch das Kanzleramt wird informiert. Aber eine wirklich gemeinsame Politik ist hier nicht erkennbar.

Wie könnte sich Europa sonst aufstellen? Etwa durch mehr konventionelle Rüstung, die einem Angriff länger ohne den Einsatz von Atomwaffen standhalten könnte?

Stärker konventionell aufzurüsten sieht der deutsche Parlamentarier Kiesewetter jedoch nicht, das sei schon aus Gründen der Demographie und der Kosten nicht machbar. Auch die Entwicklung einer gemeinsamen gleichberechtigten europäischen Atommacht hält er nicht wirklich für möglich. Dann eben doch der Versuch, mit Paris und London eine Lösung für Europa zu finden: „Ich spüre Signale, dass das in beiden Ländern unterschiedlich aufgenommen wird, aber dass grundsätzlich diesen beiden Veto-Mächten im UN-Sicherheitsrat bewusst ist, dass sie nicht Europas Sicherheit aufs Spiel setzen können, insbesondere nicht, was die baltischen Staaten und Polen angeht.“

Schon vor dem Hintergrund seiner Geschichte könne Deutschland keine eigene Rolle dabei haben, „sondern wir sollten bewusst sein, dass wir als Anlehnungspartner andere entlasten können, aber dort, wo das know how ist, vielleicht in der Ko-Finanzierung zur Seite stehen, aber das auf keinen Fall selber schultern sollten“.

Deutsches Geld für einen europäischen Atomschirm, den Franzosen und Briten dann stellen sollten. Die Deutschen würden dabei als Zahlmeister für die finanziell klammen Partner in Paris und London auftreten und sich den nuklearen Schutz auf diese Weise einkaufen. Eine eher unwahrscheinliche Lösung, denn sie würde am Ende doch nur dann funktionieren, wenn beide Regierungen ohne nationale Einschränkungen bereit wären, dies im Konfliktfall auch zuverlässig zu leisten und den übrigen europäischen Partnern eine Form der Teilhabe und damit der Mitsprache über die Einsatzpläne einräumen würden. In der Bundesregierung hält man dies für eine Scheindebatte. Aus Frankreich gebe es keinerlei Anzeichen dafür, dass man dort eine europäische Teilhabe an dem Atompotential des Landes zulassen würde. Das sei ein „Phantom“. Auch von dem mit absoluter Mehrheit gewählten neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron erwartet man in Berlin keine Änderung dieser Haltung. Die alles entscheidende Frage ist am Ende die: Wer drückt wirklich auf den roten Knopf, wenn es darauf ankommt?

Auch Wolfgang Ischinger, langjähriger Spitzendiplomat im Auswärtigen Amt und heute Chef des weltweit wichtigsten sicherheitspolitischen Forums, der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC), hält von solchen Gedankenspielen nichts. Es könne nur einen geben, der Atomwaffen freigebe. „Leute, die darüber nachdenken, übersehen eins: Nukleare Entscheidungen können Sie nicht per Komitee treffen. Es gibt nicht den europäischen Knopfdrücker. Das ist eine Schimäre.“

Der Konflikt ist nicht wirklich neu. Das war natürlich immer die Kernfrage, die sich auch bei dem bisherigen Inhaber der Kontrolle über die NATO-Atomwaffen, dem amerikanischen Präsidenten, stellt. Schon seit dem ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer stand sie immer im Raum: Würden die Amerikaner tatsächlich, etwa für das geteilte Berlin, Atomwaffen einsetzen und damit die Gefahr heraufbeschwören, dass der Konflikt schnell eskalieren und zum Einsatz von strategischen nuklearen Raketen führen würde, die dann auch den amerikanischen Kontinent verwüsten würden?

Das war, und das bleibt das in Wahrheit nicht auflösbare Dilemma, das bisher unbeantwortet blieb. Politiker haben sich angewöhnt, bei Atomwaffen eigentlich nicht an den Ernstfall zu denken, sondern sie ausschließlich als politische Waffen zu sehen – will heißen: sie werden sowieso nicht eingesetzt. Nuklearexperte Kiesewetter argumentiert hier wie die meisten, die sich in der Politik an diesen Diskussionen beteiligen:

„Wenn es um Nuklearwaffen geht, sind es politische Waffen. Und es sind politische Signale, und sie dürfen nicht im militärischen Denken, so wie die Russen das machen, in Übungen eingebaut werden, sondern es muss sehr sensibel mit diesem Thema umgegangen werden, und das macht die NATO bei bestimmten Übungen,

die aber keinen Bezug zur Realität haben, aber wo Verfahren geübt werden, und diese Verfahren müsste sich dann die EU aneignen.“

Das würde bedeuten, dass die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedern und einem dann ausgeschiedenen Großbritannien einen hoch komplexen militärischen wie politischen Konsultations- und Entscheidungsmechanismus entwickeln müsste. Der gegenwärtige Zustand der EU, in der man militärisch zwar näher zusammenrücken will und dafür große Anstrengungen gemacht werden, gleichzeitig aber eine europäische Armee unter einem gemeinsamen Oberkommando von vielen als Illusion betrachtet wird, lässt erahnen, wie aussichtslos es wäre, eine Atommacht unabhängig von Amerika zu schaffen. Es wäre zugleich das Ende der NATO, deren nuklearer Charakter eines ihrer stärksten Bindeglieder ist.

Also kommt auch Kiesewetter wieder auf die Lösung zurück, die bisher galt und auch keine letzte Klarheit schafft: „Und all dies zeigt, wie komplex und herausfordernd dies ist, und umso notwendiger müssen wir Europäer aus diesen Überlegungen die Konsequenz ziehen, die USA zu bitten, diesen nuklearen Schutzschirm bedingungslos zu halten.“

In dem Eifelstädtchen Büchel und den umliegenden Gemeinden hofft man erstmal auf Planungssicherheit. Das setzt allerdings voraus, dass die Grundeinstellung in der politischen Landschaft in Berlin dazu so bleibt wie seit Jahrzehnten. Versuche, dies zu ändern, sind gemacht worden, bisher allerdings erfolglos. Rund zwei Jahrzehnte schienen die alten atomaren Machtblöcke USA und Russland bereit, den Kalten Krieg tatsächlich hinter sich zu bringen und die Welt von der atomaren Geißel zu befreien, die die Menschheit so fest im Griff hatte.

Der junge Präsident Barack Obama wollte nach seiner ersten Wahl im November 2008 mit Russland einen „Reset“, einen Neuanfang wagen. Seine Leute im Weißen Haus suchten dabei auch Rat bei den Deutschen, die im Umgang mit den Russen jahrzehntelange Erfahrung hatten. Klaus Scharioth, damals Botschafter in Washington und davor Staatssekretär im Auswärtigen Amt, erlebte das aus nächster Nähe. „Obamas Leute haben uns schon sehr früh gefragt: Was kann man eigentlich machen, um mit Russland voranzukommen? Wir waren natürlich die Hauptbefürworter. Man kann sich vorstellen, dass andere Länder jetzt nicht so scharf auf eine aktive Antiproliferationspolitik waren. Wir hatten ja völkerrechtlich (auf eigene Atomwaffen) verzichtet. Und deswegen war es noch mehr im deutschen Interesse, weil es für uns eine reine Win-Win-Situation war. Wir haben die Obama-Leute sehr bestärkt, dass mit Russland zu machen und haben ihnen auch gesagt, dass selbst in schwierigen Zeiten das auch im sowjetischen Interesse war.“ Schließlich seien auch im Kalten Krieg die großen Abrüstungsabkommen zwischen den USA und der Sowjetunion abgeschlossen worden. „Wir haben immer gesagt: Tolle Sache.“

Tatsächlich fand Obama in dem damaligen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew einen Mann, der diese Ziele teilte. Beide Seiten standen allerdings auch unter Druck. Der Vorgängerabrüstungsvertrag START 1, der noch kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion von Michail Gorbatschow und Präsident George H. Bush unterschrieben worden war, würde bald auslaufen, START 2 war zwar unterschrieben, aber nicht in Kraft gesetzt worden. Von Mai 2009 bis zum November wurde verhandelt, im April 2010 dann unterzeichneten Obama und Dmitri Medwedew in Prag das Abkommen, das fortan NEW START genannt wurde. Nachdem es in den Parlamenten in Washington und Moskau ratifiziert worden war, tauschten die Außenminister Sergei Lawrow und Hillary Clinton in Deutschland bei der Münchener Sicherheitskonferenz die Urkunden im Februar 2011 aus, und damit trat NEW START in Kraft. Es reduzierte die Zahl der einsatzbereiten strategischen atomaren Sprengköpfe um die Hälfte auf 1550 auf beiden Seiten, auch die Trägerwaffen erhielten eine neue Obergrenze, auf 700 einsatzbereite Bomber und Raketen auf U-Booten und 800 Raketensilos, Bomber und nicht einsatzbereite Startsysteme. Die Einhaltung wird auf beiden Seiten regelmäßig überprüft, die verabredeten Ziele müssen bis 2018 umgesetzt werden.

Das war ein großer Schritt nach vorn, aber das Gespenst der nuklearen Bedrohung war damit nicht gebannt. Es reduzierte die strategischen Atomsprengköpfe für den massiven Angriff auf beiden Seiten, die taktischen Atomwaffen jedoch wurden dabei nicht berücksichtigt. Gerade sie sind es jedoch, die vielen Kritikern als besonders gefährlich gelten – gerade weil sie nicht gleich die großen Bevölkerungszentren komplett auslöschen und ihren Einsatz deswegen wahrscheinlicher machen könnten. Während Obama mit den Russen diese für sein Land unmittelbar bedrohlichen nuklearen Mega-Bomben herunter verhandelte, schuf er zeitlich parallel die Voraussetzungen, die taktischen Atomwaffen in Europa ihrem größten Modernisierungsprogramm in einem halben Jahrhundert zu unterwerfen. Das wollte ein Mann verhindern, der wie Obama ebenfalls kurz darauf an die Schalthebel der Macht kam: Guido Westerwelle.

2 Schwarz-gelb gegen die Bombe – aber nicht wirklich

Er hatte ein politisches Wunder vollbracht: 14,6 Prozent! Das war das Ergebnis für die FDP an diesem Wahltag am 27. September 2009 – das beste Resultat in der Geschichte der Liberalen. Der dynamische FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle hatte die Partei nach oben geboxt. Nach vier Jahren waren die Bürger der Großen Koalition müde, die unter der Führung von Angela Merkel das Land seit 2005